
Vernehmlassungsverfahren

Fragebogen

Der Fragebogen muss zwingend online auf www.vs.ch/wallismorgen bis zum 14. März 2021 ausgefüllt werden. Dieses Dokument dient nur zur Erleichterung der Organisation der Stellungnahmen. Antworten auf "Papier"-Fragebögen werden nicht berücksichtigt.

1. Präambel

Welchen der folgenden Vorschläge für die Einleitung der Kantonsverfassung (Präambel) bevorzugen Sie?

(* Die Präambel ist der einleitende Text einer Verfassung. Sie hat nur symbolischen Wert.)

- Im Namen Gottes des Allmächtigen! Wir, das Walliser Volk, frei und souverän, ...
- Wir, das Walliser Volk, frei und souverän, die wir an Gott glauben oder unsere Werte aus anderen Quellen schöpfen, ...**
- Keine Antwort

2. Territoriale Struktur

Der Verfassungsrat sieht vor, die derzeitigen 13 Bezirke durch eine territoriale Gliederung in 6 Regionen zu ersetzen, welche sich um die städtischen Zentren Brig-Glis, Visp, Siders, Sitten, Martinach und Monthey organisieren (ohne Einfluss auf das VS-Wappen). Befürworten Sie diese neue Gliederung?

- Ja**
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

3. Gesunde Umwelt

Soll die Kantonsverfassung den Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons ein Grundrecht auf ein Leben in einer gesunden und harmonischen Umwelt gewähren? Ein solches Recht würde Einzelpersonen die Möglichkeit geben, ihre Interessen vor einem Gericht geltend zu machen. Es würde auch die Behörden verpflichten, dieses Recht auf Gesetzesstufe umzusetzen.

- Ja**
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

4. Schutz der Privatsphäre

Soll die Kantonsverfassung ein Grundrecht auf Schutz der Privatsphäre im digitalen Raum vorsehen?

- Ja**
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein

- Keine Antwort

5. Staatliche Unterstützung für Berufsausbildung

Der Arbeitsmarkt steht vor tiefgreifenden Veränderungen (z.B. Automatisierung). Soll die Kantonsverfassung ein Grundrecht für Menschen ohne finanzielle Mittel vorsehen, um Staatliche Unterstützung für eine Ausbildung im Hinblick auf die Integration oder Wiedereingliederung in die Arbeitswelt zu erhalten?

- Ja
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

6. Stimmrechtsalter

Soll das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre herabgesetzt werden (das Recht in ein öffentliches Amt gewählt zu werden würde bei 18 Jahren belassen werden)?

- Ja
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

7. Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländerinnen und Ausländer

Sollen Ausländerinnen und Ausländer mit einer Niederlassungsbewilligung (Permis C), die seit mindestens einem Jahr im Kanton ihren Wohnsitz haben, das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene erhalten (ohne das Recht, in ein öffentliches Amt gewählt zu werden)?

(Informationen zu den Bedingungen für die Gewährung des Permis C:*

<https://www.vs.ch/de/web/spm/autorisation-d-etablissement>)

- Ja
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

8. Passives Wahlrecht auf kommunaler Ebene für Ausländerinnen und Ausländer

Sollen Ausländerinnen und Ausländer mit einer Niederlassungsbewilligung (Permis C), die ihren Wohnsitz seit mindestens einem Jahr im Kanton haben, das Recht erhalten, in ein Amt auf kommunaler Ebene gewählt zu werden (z.B. Gemeinderat)?

- Ja
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

9. Volksmotion

200 Stimmberechtigte können eine Motion zuhanden des Grossen Rates einreichen und damit eine Gesetzesänderung anstreben. Der Grosse Rat behandelt sie und kann sie dann annehmen oder ablehnen. Befürworten Sie die Einführung dieses neuen Instrumentes?

- Ja**
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

10. Transparenz des politischen Lebens

Der Verfassungsrat hat einen allgemeinen Grundsatz zur Transparenz der Finanzierung des politischen Lebens genehmigt. Soll die Kantonsverfassung die konkreten Elemente, die von den politischen Parteien zwingend veröffentlicht werden müssen (z.B. Jahresbudgets und -rechnungen, Kampagnenbudgets und -rechnungen sowie die Identität der Personen, die sich massgeblich an ihrer Finanzierung beteiligt haben), detailliert darlegen?

- Ja**
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

- **Diese Bemerkung wird im Fragebogen hinzugefügt: In der Verfassung soll der Grundsatz zur Transparenz des politischen Lebens festgelegt werden. Alles Weitere ist auf Gesetzesstufe zu regeln bzw. soll auf dem Verordnungsweg geregelt werden.**

11. Elternurlaub

Soll die Kantonsverfassung, mangels einer Regelung auf Bundesebene, einen kantonalen Elternurlaub einrichten?

(* Derzeit haben Frauen in der Schweiz Anspruch auf 14 Wochen Mutterschaftsurlaub und Männer auf 2 Wochen Vaterschaftsurlaub. Der kantonale Elternurlaub, dessen Dauer vom Grossen Rat festgelegt wird, wäre zwischen Mutter und Vater aufzuteilen und würde zusätzlich zu dem auf Bundesebene garantierten Minimum gelten.)

- Ja**
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

12. Einbürgerungsverfahren

Sollen in allen Gemeinden des Kantons einheitliche, einfache und rasche Einbürgerungsverfahren gewährleistet werden, für die nur Verwaltungsgebühren erhoben werden?

- Ja**
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

- **Diese Bemerkung wird im Fragebogen hinzugefügt: Wir möchten hier nochmals festhalten, dass es eine einheitliche Regelung für alle Gemeinden braucht. Diese muss ausgearbeitet werden. Weiter möchten wir an dieser Stelle bekräftigenden, dass wir es begrüßen, dass ein Beschwerderecht gegen abweisende Einbürgerungsentscheide vorgesehen ist.**

S1. Doppelte Ausgaben- und Schuldenbremse

Die geltende Kantonsverfassung sieht eine Ausgaben- und Schuldenbremse vor (Art. 25). Soll dieses Instrument in seiner jetzigen Form beibehalten oder gelockert werden?

(Die Ausgaben- und Schuldenbremse verpflichtet dem Staat, den Haushalt und die Rechnung auszugleichen. Wenn es ein Defizit gibt, muss es im nächsten Budget ausgeglichen werden. Die gleichen Anforderungen gelten auch für die Investitionen.)*

- Beibehaltung*
- Lockerung*
- Abschaffung**
- Keine Antwort*

13. Individualbesteuerung der Privatpersonen

Derzeit werden Ehepaare gemeinsam besteuert: die Einkommen beider Ehepartner werden zusammengerechnet. Der Verfassungsrat hat einen Vorschlag für einen Systemwechsel bei der Besteuerung von Ehepaaren unterstützt. Demnach soll jeder Ehepartner eine eigene Steuererklärung ausfüllen und wird auf dieser Basis besteuert (Individualbesteuerung).

Befürworten Sie einen solchen Systemwechsel?

- Ja**
- Eher Ja*
- Eher Nein*
- Nein*
- Keine Antwort*

14. Klimaneutralität

Soll im Rahmen der Umsetzung geeigneter politischer Massnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ein Ziel der Klimaneutralität in der Kantonsverfassung verankert werden?

- Ja**
- Eher Ja*
- Eher Nein*
- Nein*
- Keine Antwort*

15. Biologische Landwirtschaft

Soll die Begünstigung umweltfreundlicher landwirtschaftlicher Tätigkeiten auch den Übergang zu einer biologischen Landwirtschaft umfassen, der in der Kantonsverfassung verankert werden sollte?

- Ja**
- Eher Ja*
- Eher Nein*
- Nein*

- Keine Antwort

16. Vertretung von Frauen und Männern in den politischen Behörden

Sollen in der Kantonsverfassung verbindliche Instrumente verankert werden, um eine ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in den politischen Behörden zu gewährleisten?

- Ja
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

17. Wahl des Grossen Rates: Unterwahlkreise

Der Grosse Rat wird derzeit nach dem Doppelproporz innerhalb von 6 Wahlkreisen gewählt, die in 14 Unterwahlkreise unterteilt sind. Der Verfassungsrat sieht eine Wahl nach dem einfachen Proporzsystem innerhalb von 6 Wahlkreisen vor, die um die Städte Brig, Visp, Siders, Sitten, Martinach und Monthey herum organisiert sind, ohne Unterwahlkreise. Befürworten Sie das vorgesehene System?

- Ja
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

18. Grosser Rat: Anzahl Suppleantinnen und Suppleanten

Der Verfassungsrat hat beschlossen, die Anzahl der Abgeordneten von 130 beizubehalten, aber die Anzahl Suppleantinnen und Suppleanten auf 85 zu reduzieren, was einem Verhältnis von 2 Suppleantinnen und Suppleanten für 3 Abgeordnete entspricht. Wie viele Suppleantinnen und Suppleanten sollen Ihrer Meinung nach dem Grossen Rat angehören?

- Bei 130 bleiben (1 Suppleant/-in für 1 Abgeordnete)
- Reduzierung auf 85 (2 Suppleanten/-innen für 3 Abgeordnete)
- Reduzierung auf 65 (1 Suppleant/-in für 2 Abgeordnete)
- Abschaffung der Suppleantinnen und Suppleanten
- Keine Antwort

S2. Grosser Rat: Quorum

Um im Grossen Rat Sitze zu erhalten muss derzeit eine Partei in mindestens einem Wahlkreis, der an der ersten Sitzverteilung teilnimmt, ein Quorum von 8% erreichen. Der Verfassungsrat hat beschlossen, dieses Quorum herabzusetzen, jedoch ohne es abzuschaffen. Soll dieses Quorum herabgesetzt oder abgeschafft werden?

- Quorum zwischen 5 und 8%
- Quorum unter 5%
- Abschaffung des Quorums
- Keine Antwort
- Quorum

19. Wahl des Staatsrates

Derzeit zählt der Staatsrat 5 Mitglieder, die nach dem Majorzsystem gewählt werden. Wie viele Mitglieder soll der Staatsrat in Zukunft zählen und wie soll er gewählt werden (mehrere Antworten möglich)?

(* «Ohne Listenskrutinium» heisst, dass alle Kandidatinnen und Kandidaten auf dem gleichen Wahlzettel stehen und nicht auf Parteilisten.)

- 5 im Proporzverfahren gewählte Mitglieder**
- 5 im Majorzverfahren gewählte Mitglieder
- 5 im Majorzverfahren ohne Listenskrutinium gewählte Mitglieder
- 7 im Proporzverfahren gewählte Mitglieder
- 7 im Majorzverfahren gewählte Mitglieder
- 7 im Majorzverfahren ohne Listenskrutinium gewählte Mitglieder
- Keine Antwort

20. Staatsrat: Sitzgarantie

Soll die Kantonsverfassung im Hinblick auf einen aus 7 Mitgliedern bestehenden Staatsrat garantieren, dass eine Mindestzahl von Mitgliedern aus dem Ober-, Mittel- und Unterwallis kommt?

- Keine Sitzgarantie
- Mindestens 1 Mitglied pro Region**
- Mindestens 2 Mitglieder pro Region
- Keine Antwort

21. Staatsrat: Abberufung

Sind Sie für die Einführung eines Mechanismus in die Kantonsverfassung, der die Abberufung oder Amtsenthebung eines Mitgliedes des Staatsrates ermöglichen würde?

- Ja**
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

22. Interkommunale Zusammenarbeit auf Regionsstufe

Der Verfassungsrat sieht vor, dass in jeder Region eine Person für die interkommunale Koordination, die Verbindung zum Kanton und die Leitung der Konferenz der Gemeindepräsidentinnen und -präsidenten zuständig ist. Diese Person würde den/die aktuelle Bezirkspräfekt/-in ersetzen. Wie soll diese Person gewählt werden?

- Von der Bevölkerung der Gemeinden der betreffenden Region**
- Von den Präsidentinnen und Präsidenten der betreffenden Gemeinden
- Von allen gewählten Gemeindevertreterinnen und -vertretern der betreffenden Region
- Diese Funktion ist nicht notwendig
- Keine Antwort

23. Justizbehörden: Amtsdauer

Gegenwärtig unterliegen die Kantonsrichter/-innen und die Staatsanwälte/-innen einer periodischen Wiederwahl durch den Grossen Rat oder einer Verlängerung ihrer Ernennung durch ihre Institution. Der Verfassungsrat sieht vor, dass diese Personen in Zukunft für eine

*unbestimmte Zeit gewählt / ernannt werden, mit der Möglichkeit der Abberufung.
Befürworten Sie diesen Vorschlag?*

- Ja**
- Eher Ja*
- Eher Nein*
- Nein*
- Keine Antwort*

- **Diese Bemerkung wird im Fragebogen hinzugefügt: Eine periodische Wiederwahl der Kantonsrichter*innen und Staatsanwält*innen ist aus unserer Sicht nicht (mehr) nötig. Aber das Verfahren im Falle einer (berechtigten) Abberufung muss einfach gestaltet sein, unter Wahrung des rechtlichen Gehörs.**

24. Friedensrichter/-innen

Sollen die vom Volk gewählten Gemeinderichter/-innen durch professionelle Friedensrichter/-innen mit erweiterten Kompetenzen ersetzt werden, die von den Justizbehörden nach Kreisen (zu denen auch eine einzelne Gemeinde gehören kann) ernannt werden?

- Ja*
- Eher Ja*
- Eher Nein**
- Nein*
- Keine Antwort*

25. Familiengericht

Sollen die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) durch Familiengerichte mit erweiterten Kompetenzen in allen Bereichen, welche die Familie betreffen (Trennung, Scheidung, Adoption, Erbrecht, usw.), ersetzt werden?

- Ja*
- Eher Ja**
- Eher Nein*
- Nein*
- Keine Antwort*

26. Umweltgerichtshof

Befürworten Sie die Schaffung eines kantonalen Umweltgerichtshofs, der über die wichtigen Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Umweltrecht und dem Naturschutzrecht sowie dem Schutz der Lebenswelt zu entscheiden hat?

- Ja**
- Eher Ja*
- Eher Nein*
- Nein*
- Keine Antwort*

27. Rechnungshof

Derzeit ist die Aufsicht über die öffentlichen Tätigkeiten Institutionen wie dem Finanzinspektorat und der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates übertragen. Soll

zusätzlich zum Finanzinspektorat ein unabhängiges Organ zur Kontrolle der gesamten öffentlichen Tätigkeit (Rechnungshof), insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Wirksamkeit, geschaffen werden?

- Ja
- Eher Ja
- Eher Nein**
- Nein
- Keine Antwort

28. Generalrat

Befürworten Sie, dass Gemeinden mit mehr als 5'000 Einwohnerinnen und Einwohnern verpflichtet sind, einen Generalrat zu haben, ausser wenn die Wahlberechtigten durch Volksabstimmung darauf verzichten?

- Ja**
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

29. Burgerrat

Sollen die Burgerschaften, im Gegensatz zu heute, verpflichtet werden, einen vom Gemeinderat getrennten Burgerrat zu haben?

- Ja
- Eher Ja
- Eher Nein**
- Nein
- Keine Antwort

30. Verhältnis Staat-Kirchen

Der Verfassungsrat sieht vor, dass die römisch-katholische und die evangelisch-reformierte Kirche, wie heute, einen öffentlich-rechtlichen Status haben. Dieser Status berechtigt sie zu finanziellen Zuwendungen des Staates und einem privilegierten Zugang zu Institutionen und Behörden. Soll der Staat diesen Status anderen Religionsgemeinschaften verleihen können, wenn sie dies beantragen und unter bestimmten Bedingungen?

(* Die Bedingungen für den Zugang zum öffentlich-rechtlichen Status für andere Religionsgemeinschaften würden insbesondere ihre Bedeutung, die Dauer ihrer Einrichtung, die Achtung der demokratischen Grundsätze und die finanzielle Transparenz sein.)

- Ja**
- Eher Ja
- Eher Nein
- Nein
- Keine Antwort

31. Andere Religionsgemeinschaften

Wenn der Status einer juristischen Person des öffentlichen Rechts der römisch-katholischen Kirche und der evangelisch-reformierten Kirche vorbehalten bleibt, soll der Staat anderen

Religionsgemeinschaften den Status des öffentlichen Interesses verleihen können, wenn ihre gesellschaftliche Bedeutung es rechtfertigt?

(Die Anerkennung anderer Religionsgemeinschaften wäre insbesondere mit ihrer Bedeutung, der Dauer ihrer Einrichtung, der Achtung der demokratischen Grundsätze und der finanziellen Transparenz verbunden. Der Status des öffentlichen Interesses berechtigt nicht zu finanziellen Beiträgen, gewährt aber beispielsweise den betroffenen Gemeinschaften ein Recht auf Konsultation und die Einsetzung von Seelsorgern in Gefängnissen und Krankenhäusern.)*

- Ja**
- Eher Ja*
- Eher Nein*
- Nein*
- Keine Antwort*